

II-4197 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 216813

1991 -12- 18

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Brünner
und Kollegen
an den Bundeskanzler
betreffend Lösung des Problems der Existenzlektoren

Der Nationalrat hat im Juni 1990 einen EntschlieBungsantrag an die Bundesregierung gerichtet, in welchem die Bundesregierung ersucht wird, die zur Beseitigung des Personalnotstandes der Universitäten und Hochschulen erforderlichen Maßnahmen auf dem Sektor des Stellenplanes zu setzen und entsprechende Anträge an den Nationalrat zu stellen. Hierbei soll gemäß dieser EntschlieBung besonders auch eine Lösung des Problems der "Existenzlektoren" an den Hochschulen und Universitäten gefunden werden.

Bedauerlicherweise blieb diese EntschlieBung des Nationalrates bei der Budgeterstellung für das Jahr 1992 seitens des zuständigen Bundeskanzleramtes erneut unbeachtet. Das Bundeskanzleramt und das Finanzministerium lehnten die seit 1985 alljährlich vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung beantragte Fortsetzung der "Lektorenaktion" auch für den Stellenplan 1992 ab. Die unterzeichneten Abgeordneten wollen mit der gegenständlichen Anfrage somit nicht nur auf die demokratiepolitisch problematische Mißachtung von EntschlieBungsanträgen des Nationalrates aufzeigen, sondern insbesondere auf die Tatsache hinweisen, daß die sozialrechtliche Stellung der Existenzlektoren nach wie vor völlig ungesichert ist. Es wird weiters darauf hingewiesen, daß aufgrund der Altersstruktur der Gruppe der Existenzlektoren die Kosten von Planstellen für Bundes- und Vertragslehrer wahrscheinlich geringer wären, als diejenigen der derzeitigen Lehraufträge.

- 2 -

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

1. Sehen Sie einen Handlungsbedarf, um im Sinne der EntschlieÙung des Nationalrates vom Juni 1990 eine Lösung des Problems der Existenzlektoren herbeizuführen?

Wenn ja, welche Lösungsvorschläge zur Frage der "Existenzlektoren" liegen seitens des Bundeskanzleramtes vor?

2. Wie viele zusätzlichen Planstellen würden notwendig sein, um die derzeitigen Existenzlektoren arbeitsrechtlich besser abzusichern?
3. Welche Möglichkeiten einer sozialrechtlichen Absicherung der Existenzlektoren schlagen Sie vor?
4. Würden sich durch eine stellenplanmäßige Absicherung der Existenzlektoren erhebliche budgetäre Mehraufwendungen gegenüber dem status quo ergeben?
5. Wann kann mit einer Lösung des Problems der Existenzlektoren durch das zuständige Bundeskanzleramt gerechnet werden?